

# Straßenzulassung / Schwerlastverkehr

## Kontakt

Hier gelangen Sie direkt zu den Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern bei Fragen zur Straßenzulassung

Regierungspräsidium Stuttgart

Regierungspräsidium Karlsruhe

Regierungspräsidium Freiburg

Regierungspräsidium Tübingen

Für die Überprüfung der Tragfähigkeit von Brückenbauwerken ist die Landesstelle für Straßentechnik zuständig.

Regierungspräsidium Tübingen

---

## Straßenverkehrszulassungsrecht / § 70 StVZO

Die maximalen Abmessungen, Achslasten und Gewichte von verschiedenen Fahrzeugarten sind in § 32 der Straßenverkehrszulassungs-Ordnung (StVZO) bzw. § 34 der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) genau festgelegt. Überschreitet ein Fahrzeug diese Abmessungen, Achslasten und Gewichte, können die Regierungspräsidien Ausnahmegenehmigungen nach § 70 StVZO erteilen. Dies betrifft i.d.R. Autokrane, Turmdrehkranzüge, Bagger, Schaufellader, Planiermaschinen (Motorgrader), Autoschütter (Dumper), Muldenkipper, Züge für Großraumtransporte und Schwertransporte, Sattelkraftfahrzeuge für Langmaterial-, Großraum- und Schwertransporte, Langmaterialzüge mit Nachläufern und Fahrzeugkombinationen im Schaustellergewerbe.

Wenn bestimmte Grenzwerte nicht überschritten werden, können bei der Erteilung von Ausnahmegenehmigungen nach § 70 StVZO auch Erlaubnisse nach § 29 Absatz 3 Straßenverkehrsordnung (StVO) sowie Ausnahmegenehmigungen gemäß § 46 Straßenverkehrsordnung (StVO) für überstehende Ladung miterteilt werden.

Die Regierungspräsidien überprüfen Anordnungen der Stadtkreise und der Landratsämter in den Regierungsbezirken, z. B. über die Stilllegung von Fahrzeugen wegen Mängeln, fehlender Versicherung, nicht bezahlter Kfz-Steuer oder bei Anordnung von Fahrtenbuchauflagen und treffen Widerspruchsentscheidungen.

## *Bitte beachten Sie*

Für die Fahrzeugzulassungen sind die Landratsämter und Stadtkreise zuständig!

---

## Großraum- und Schwertransporte

Unterschieden werden verschiedene Arten von erlaubnis-/genehmigungspflichtigen Transporten:

- Großraumtransporte mit großem Volumen in Höhe und/oder Breite und/oder Länge,

- Schwertransporte mit normalen Abmessungen, aber hohem Gewicht,
- Großraum- und Schwertransporte mit großem Volumen und hohem Gewicht.

Großraum- und Schwertransporte überschreiten in ihren Abmessungen und/oder ihrem Gewicht die zulässigen gesetzlichen Grenzen der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) und/oder der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) und benötigen deshalb zusätzlich zu der Ausnahmegenehmigung nach § 70 StVZO noch eine Erlaubnis nach § 29 Abs. 3 StVO bzw. eine Ausnahmegenehmigung nach § 46 StVO.

Die Antragsstellung erfolgt über das internetbasierte Programm VEMAGS® ([www.vermags.de](http://www.vermags.de)). Anträge werden über dieses Programm bei der Straßenverkehrsbehörde (Landratsamt, Verwaltungsverbände oder bei Städten über 20.000 Einwohner das Bürgermeisteramt), in deren Bezirk die Fahrt beginnt oder Ihre Betriebsstätte oder Zweigniederlassung oder Sitz des Genehmigungsservices liegt, beantragt (Stand: 26.03.2020). Für eine Beantragung in Papierform setzen Sie sich mit der für Sie zuständigen Straßenverkehrsbehörde in Verbindung.

---

#### Ausnahmegenehmigungen

Unterschieden werden verschiedene Arten von erlaubnis-/genehmigungspflichtigen Transporten:

- Großraumtransporte mit großem Volumen in Höhe und/oder Breite und/oder Länge,
- Schwertransporte mit normalen Abmessungen, aber hohem Gewicht,
- Großraum- und Schwertransporte mit großem Volumen und hohem Gewicht.

Großraum- und Schwertransporte überschreiten in ihren Abmessungen und/oder ihren Gewichten die zulässigen gesetzlichen Grenzen der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) und/oder der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) und benötigen deshalb zusätzlich zu der Ausnahmegenehmigung nach § 70 StVZO noch eine Erlaubnis nach § 29 Abs. 3 StVO bzw. eine Ausnahmegenehmigung nach § 46 StVO.

Die Erlaubnis nach § 29 Abs. 3 StVO bzw. Ausnahmegenehmigung nach § 46 StVO wird von der örtlich zuständigen Straßenverkehrsbehörde (Landratsämter bzw. Bürgermeisterämter von Städten und Gemeinden) erteilt.

---

#### Gewährung der Verkehrssicherheit

Aufgabe der Regierungspräsidien ist es, die Verkehrssicherheit in den Regierungsbezirken auch bei Ausnahmetransporten zu gewährleisten und gleichzeitig die Verkehrsinfrastruktur vor Beschädigungen zu schützen. Dazu werden den Transportunternehmen für diese Fahrten Auflagen und/oder Bedingungen auferlegt. Solche Auflagen sind z.B.: die Festlegung einer Fahrtroute, die Fahrweise auf Brücken gemäß statischen Fahrauflagen, die Anordnung eines Begleitfahrzeuges bzw. polizeilicher Maßnahmen oder die Eingrenzung der Fahrtzeit.

Damit Großraum- und Schwertransporte auf Bundes-, Landes- und Kreisstraßen in Baden-Württemberg fahren dürfen, sind brückenbautechnische Nachrechnungen, (gemäß § 29 Absatz 3 StVO) erforderlich. Diese werden für Baden-Württemberg von der Landesstelle für Straßentechnik (([verlinken](#))) erstellt.

### Bitte beachten Sie:

Den Antrag auf Genehmigung von Großraum- und Schwertransporten erhalten Sie bei den örtlich zuständigen Verkehrsbehörden (Landratsämter bzw. Bürgermeisterämter), in deren Bezirk sich der Firmensitz bzw. der Abfahrtsort des Transportes befindet.

Damit Großraum- und Schwertransporte auf Bundes-, Landes- und Kreisstraßen in Baden-Württemberg fahren dürfen,

sind brückenbautechnische Nachrechnungen, (gemäß § 29 Absatz 3 StVO) erforderlich. Diese werden für Baden-Württemberg von der Landesstelle für Straßentechnik erstellt.

## Weitere Informationen

VEMAGS (Verfahrensmanagement Großraum- und Schwerverkehr)

Baustelleninformationssystem Baden-Württemberg (BIS)